

Überregionaler Pressespiegel 14.02.2012

EXPO | 14.02.2012 | Daniel Vergara

Nazi-Aufmarsch in Dresden wurde gestoppt

Durch das Bilden einer Menschenkette blockierten mindestens 13 000 Menschen den jährlichen Nazi-Aufmarsch in der deutschen Stadt Dresden.

Jedes Jahr am 13. Februar treffen sich Nazis aus ganz Europa in Dresden, um dem Jahrestag der alliierten Bombardierung der Stadt 1945 zu gedenken. Bei der Bombardierung starben 25 000 deutsche Zivilisten. In diesem Jahr versammelten sich 1600 Nazis in Dresden, berichtete das deutsche „The Local“.

Unter Polizeischutz wurde die Nazis zum Dresden Bahnhof geleitet, wo sie von 2000 Gegendemonstranten erwartet wurden, die dem Fackelzug folgten. Die Gegendemonstranten schlugen die Trommeln und skandierten „Nazis raus“. Nach nur einer halben Stunde und einem Marsch über ein paar hundert Meter, war die Polizei gezwungen ihn abubrechen, nachdem 13 000 Personen eine Menschenkette gebildet hatten. An der Kette beteiligten sich auch Bundestags-Vizepräsident Wolfgang Thierse und Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich.

Im vergangenen Jahr kam es zu Gewaltausbrüchen zwischen Gegendemonstranten und Nazis aber dieses Jahr wurde über keine Gewalt berichtet.

http://expo.se/2012/nazisternas-marsch-i-dresden-stopades_4765.html

Freie Presse | 14.02.2012

Stadt Dresden mit Mahn- und Protestveranstaltungen zufrieden

Deutliches Zeichen gegen Rechtsextremismus

Dresden (dapd-lsc). Die Stadt Dresden hat den friedlichen Protest gegen den Neonazi-Aufmarsch am Montag als großen Erfolg gewertet. Oberstes Ziel sei ein gewaltfreies Gedenken und Erinnern gewesen, teilte Dresdens Erster Bürgermeister Dirk Hilbert am Dienstag mit. "Und das haben wir erreicht." Die Dresdner und Gäste der Stadt hätten ein deutliches Zeichen gegen Rechtsextremismus gesetzt.

Mit Gedenkveranstaltungen und Demonstrationen hatten Tausende Dresdner am Montagabend, dem 67. Jahrestag der Zerstörung der Stadt durch alliierte Bombenangriffe, an die Opfer erinnert und gegen einen Neonazi-Aufmarsch protestiert. dapd

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Stadt-Dresden-mit-Mahn-und-Protestveranstaltungen-zufrieden-artikel7904848.php>

Freie Presse | 14.02.2012

SPD-Chef lobt "deutliches Zeichen" gegen Rechts

"Ein deutliches Zeichen" gegen rechtes Gedankengut

Dresden (dapd-lsc). Der SPD-Vorsitzende Martin Dulig hat die Proteste am Montag in Dresden gegen den Rechtsextremismus gewürdigt. Die Stadt habe "ein deutliches Zeichen" gegen rechtes Gedankengut und für ein friedliches Erinnern an die Bombardierung im Zweiten Weltkrieg gesetzt, sagte Dulig am Dienstag. In der Menschenkette mit 13.000 Teilnehmern und beim Protest gegen den Neonazi-Aufmarsch seien die Menschen in Dresden geeint gewesen.

Die Bandbreite von Mahnwachen, Gedenkveranstaltungen und Protestversammlungen hat nach Ansicht Duligs den 13. Februar "zum Erfolg geführt". Dieses Konzept solle für die Zukunft weiterentwickelt werden, "damit den Nazis endgültig die Lust vergeht, in Dresden und anderswo zu demonstrieren". dapd

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/SPD-Chef-lobt-deutliches-Zeichen-gegen-Rechts-artikel7904866.php>

Freie Presse | 14.02.2012

Sachsen hält Neonazis für geschwächt

Nach Aufmarsch von Rechtsextremen in Dresden dringt das Land auf ein NPD-Verbot

Dresden (dapd-lsc). Nach den friedlichen Protesten gegen einen Neonazi-Aufmarsch in Dresden sieht Sachsens Landesregierung die Rechtsextremen geschwächt. Die Neonazis müssten langsam einsehen, dass sie in der sächsischen Landeshauptstadt keine Chance zum Aufmarsch hätten, sagte Innenstaatssekretär Michael Wilhelm am Dienstag in Dresden. Zugleich zeigte sich Wilhelm davon überzeugt, dass es "höchste Zeit" sei, ein Verbot der rechtsextremen NPD anzugehen.

Einen für den kommenden Samstag (18. Februar) angekündigten Aufmarsch in Dresden haben die Neonazis abgesagt. Dresdens Polizeipräsident Dieter Kroll geht davon aus, dass sich keine Rechtsextremen an diesem Tag zu einem Aufmarsch blicken lassen. Stattdessen würden erneut viele Menschen zu den geplanten friedlichen Gedenk- und Protestveranstaltungen erwartet, fügte Wilhelm hinzu.

Bei den alliierten Bombenangriffen am 13. und 14. Februar 1945 auf Dresden waren bis zu 25.000 Menschen ums Leben gekommen. 13.000 Dresdner und Besucher erinnerten am Montag, dem 67. Jahrestag der Zerstörung der Stadt, mit einer 3,6 Kilometer langen Menschenkette um die Altstadt an die Opfer. Danach versammelten sich 1.600 Neonazis zu einem angemeldeten Aufzug am Hauptbahnhof, der wegen Tausender friedlicher Gegendemonstranten vorzeitig beendet wurde. Die Rechtsextremen versuchen seit Jahren, mit Aufmärschen den Gedenktag für ihre Zwecke umzudeuten und zu missbrauchen.

6.000 Polizisten hatten die Innenstadt gesichert. Der Einsatz von Beamten aus allen Bundesländern sowie Bundespolizisten habe mindestens 3,5 Millionen Euro gekostet, sagte Wilhelm. Mit dem Verlauf der Gedenkveranstaltungen und friedlichen Demonstrationen gegen den Aufmarsch zeigte sich die Polizei zufrieden. Die Strategie der Deeskalation sei aufgegangen, sagte Kroll. Ein Polizist habe durch einen Böller ein

Knalltrauma erlitten.

Zehn Menschen wurden festgenommen. Vier Rechte im Alter von 19 bis 39 Jahren waren verummmt oder trugen andere illegale Kleidung. Ein 20-Jähriger wird der gefährlichen Körperverletzung verdächtigt, weil er Feuerwerkskörper auf Polizeibeamte warf. Ein 40 Jahre alter Mann drohte einem Journalisten. Weitere drei junge Männer kamen wegen Identitätsfeststellungen oder zur Ausnüchterung in den polizeilichen Gewahrsam. Gegen einen gesuchten 23-Jährigen wurde Haftbefehl erlassen.

Im vergangenen Jahr war es am 19. Februar bei Protesten gegen Neonazis zu gewaltsamen Ausschreitungen gekommen, bei denen mehr als 100 Polizisten verletzt wurden. Die Aufmärsche wurden verhindert. Für bundesweites Aufsehen sorgte, dass die Dresdner Polizei eine Million Handydaten zumeist von friedlichen Demonstranten erfasste, um Straftäter ausfindig zu machen. Auf eine Handydatenerfassung sei diesmal aufgrund des friedlichen Verlaufs verzichtet worden, betonte Kroll. dapd

<http://www.freipresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Sachsen-haelt-Neonazis-fuer-geschwaecht-artikel7905011.php>

Junge Welt | 14.02.2012 | Markus Bernhardt

Proteste gegen Neonazis

Insgesamt über 2700 Nazigegner haben am Montag an einem Mahngang in Dresden teilgenommen, um ein erstes Zeichen gegen den in den Abendstunden vorgesehenen Aufmarsch mehrerer hundert Neofaschisten zu setzen. Organisiert wurden die Proteste vom bundesweiten antifaschistischen Bündnis »Nazifrei – Dresden stellt sich quer!«. Die Demonstration führte vorbei an verschiedenen geschichtsträchtigen Orten Dresdens – unter anderem der früheren Villa des Nazigauleiters Martin Mutschmann. Auf diese Art und Weise sollte aufgezeigt werden, daß die Stadt »Teil des nationalsozialistischen Systems und nicht ihr Opfer« war, wie eine Bündnissprecherin betonte. Neben verschiedenen Bundes- und Landespolitikern von SPD und Bündnis 90/Die Grünen nahm auch die Linken-Vorsitzende Gesine Löttsch an dem Gedenkgang teil. Sie nannte diesen »sehr verdienstvoll«.

Wie bereits in den Vorjahren wollten die Neonazis in der Elbmetropole aufmarschieren, um den Jahrestag der schweren Luftangriffe auf die heutige sächsische Landeshauptstadt für ihre Propaganda von einem »Bombenholocaust« der alliierten Streitkräfte an der Zivilbevölkerung zu mißbrauchen. In den letzten zwei Jahren war es Antifaschisten gelungen, den Aufmarsch mittels Massenblockaden zu verhindern.

Bereits in den Mittagsstunden hatten sich etwa 150 Personen auf dem Dresdner Heidefriedhof versammelt, um an die Opfer der Bombenangriffe zu erinnern. Die neofaschistische NPD blieb diesem Gedenken erstmalig fern. Sie hatte bereits am Vormittag einen Kranz auf dem Friedhof niedergelegt. Man habe sich »bewußt gegen eine Teilnahme an der Veranstaltung der Stadt Dresden« entschieden, schwadronierte der sächsische NPD-Fraktionschef und Bundesvorsitzende der neonazistischen Partei, Holger Apfel, am Montag in einer Erklärung. Darin verurteilte er die »Instrumentalisierung des Dresden-Gedenkens für den ›Kampf gegen Rechts‹ aus innerster Überzeugung«.

Auch die Gewerkschaft der Polizei (GdP) nutze die Demonstrationen für ihre Pressearbeit. So betonte der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut die fragwürdige

Rechtsauffassung der Polizeigewerkschaft, der zufolge friedliche Blockaden illegal seien. »Keine illegale Blockade und die damit leider immer wieder verbundenen gewaltsamen Auseinandersetzungen konnten in den letzten Jahren dazu beitragen, den Zulauf in die rechtsextreme Szene in Deutschland zu minimieren«, behauptete Witthaut. Er stellte außerdem ein Positionspapier der GdP zum Thema Rechtsextremismus vor und forderte ein neuerliches Verbotsverfahren gegen die neofaschistische NPD.

Bis zum jW-Redaktionsschluß kam es nur zu wenigen kleineren Rangeleien zwischen Nazigegnern und den über 6000 Polizeibeamten, die Dresden in einen Belagerungszustand versetzten. Für die Abendstunden hatte ein Bürgerbündnis erneut zu einer symbolischen Menschenkette in der Altstadt aufgerufen, um ein Zeichen gegen Neonazis zu setzen.

<http://www.jungewelt.de/2012/02-14/021.php>

ähnliche Artikel:

FAZ

<http://www.faz.net/aktuell/politik/gedenktag-des-bombardements-dresdner-protestieren-gegen-rechts-11648801.html>

Lausitzer Rundschau

<http://www.lr-online.de/politik/Tagesthemen-Eine-Stadt-zwischen-Gedenken-und-Protest;art1065,3682328>

Süddeutsche Zeitung

<http://www.sueddeutsche.de/politik/dresdner-protestieren-an-gedenktag-gegen-rechts-1.1283439>

ZEIT online

<http://www.zeit.de/video/2012-02/1451147067001>

Neues Deutschland | 14.02.2012

Stilles Gedenken in Dresden

Menschenkette formiert sich

Dresden (AFP/dpa/nd) - Dresden hat am Montag der Opfer der alliierten Bombenangriffe und der Zerstörung vor 67 Jahren gedacht. In Predigten und Gedenkreden wurde daran erinnert, dass das millionenfache Leid im Zweiten Weltkrieg seinen Ursprung in Nazi-Deutschland hatte. Angehörige und Bürger besuchten die Gräber der Toten vom Februar 1945 und legten Blumen nieder. Die Friedensandacht in der Frauenkirche vereinte Menschen im Gebet.

Mit Blick auf den für den Abend angemeldeten Neonazi-Aufmarsch mahnte Pfarrer Holger Treutmann zu friedlichem Protest. Dagegen sollte sich zuvor eine Menschenkette rund um die Altstadt formieren. Das «Bündnis Nazifrei» hatte Gegenaktionen initiiert und zur Blockade des Fackelmarsches der Rechtsextremisten aufgerufen. «Wir denken an die Betroffenen und Toten dieses 13. Februar 1945, aber auch an die vielen Zerstörungen und Brände in Europa und der Welt, die von deutschem Boden ausgingen», sagte

Frauenkirchen-Pfarrer Treutmann. Es brauche ein deutliches Zeichen der Gegenwehr, gegen den Missbrauch des Gedenktages für fremdenfeindliche Ideologien und geschichtliche Fälschungen. Die Frauenkirche war 1945 ausgebrannt und eingestürzt. Sie gilt seit ihrem Wiederaufbau als Symbol für Frieden und Versöhnung. Knapp 1000 Menschen begaben sich auf den «Mahngang Täterspuren», der dem Mythos von der unschuldigen Stadt entgegentritt. Dresden sei Teil des nationalsozialistischen Systems gewesen und nicht dessen Opfer, sagte eine Sprecherin des Organisatoren. Die Vernichtung der Juden sei erst durch deren langsamen Ausschluss aus der Gesellschaft möglich geworden. «Hier im Alltag begann der Weg, der in die Vernichtung führte.»

Auf dem Heidefriedhof wurde offiziell der etwa 25 000 Toten der Bombennacht gedacht. Rund 200 Menschen zogen zur letzten Ruhestätte vieler Opfer, legten weiße Rosen als Zeichen für die Überwindung von Krieg, Rassismus und Gewalt nieder.

In der Innenstadt begannen die Bürger am späten Montagnachmittag, eine Menschenkette zu bilden. Damit wollen die Dresdner gegen den Missbrauch des Erinnerns durch Rechtsextreme demonstrieren. Das Bündnis "Dresden nazifrei" und antifaschistische Initiativen haben erneut zu Protesten und Blockaden aufgerufen. In den vergangenen zwei Jahren war es tausenden Gegendemonstranten gelungen, den Aufmarsch der Rechten zu blockieren. Die angestrebten Blockaden sollen nach dem Willen des Bündnis «Dresden Nazifrei - Dresden stellt sich quer» gewaltfrei bleiben. «Von uns geht dabei keine Eskalation aus», teilten die Initiatoren mit.

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/218371.stilles-gedenken-in-dresden.html>

WELT online

http://www.welt.de/print/welt_kompakt/print_politik/article13867361/Uneins-im-Gedenken.html

N24

http://www.n24.de/news/newsitem_7671303.html?id=1533573&autoplay=true

der Standard

<http://derstandard.at/1328507574672/Menschenkette-gegen-Neonazi-Aufmarsch>

Neues Deutschland | 14.02.2012 | Hendrik Lasch

Dresden wehrt sich gegen Neonazis

Gedenken an Orten der NS-Verbrechen / Erste Blockaden und Rangeleien am frühen Abend

Ein »Spaziergang« auf den Spuren von NS-Tätern und NS-Verbrechen bildete gestern am Jahrestag der Zerstörung Dresdens den Auftakt für vielfältige Proteste gegen Neonazis, die das Datum erneut zu Vereinnahmungen suchten. Am späten Nachmittag kam es zu ersten Blockaden gegen Rechtsextremisten.

Die Vernichtung erfolgte streng nach bürokratischen Regularien. »Heimeinkaufsvertrag« heißt ein Papier, aus dem der Kabarettist Manfred Breschke gestern an einer Kreuzung in der Dresdner Johannstadt zitierte. Den Vertrag mussten jüdische Bürger unterzeichnen, bevor sie ihr Vermögen an den NS-Staat abtraten und erzwungenermaßen in ein »Judenhaus« umzogen. Eine von 37 solcher Einrichtungen befand sich in der Günzstraße. Im Sommer 1942 wurden dessen 47 Bewohner deportiert. Lediglich zwei überlebten. Die Kreuzung ist die zweite Station eines »Spaziergangs Täterspuren«, der am gestrigen Jahrestag der Zerstörung Dresdens auf die Orte von NS-Verbrechen und die Arbeitsstellen von NS-Tätern hinwies. So wolle man »Anstoß für ein anderes Gedenken geben, als es bisher in Dresden üblich war«, sagte eine Sprecherin des Bündnisses »Dresden nazifrei«, das den Rundgang organisiert hatte. Es solle gezeigt werden, dass die im Februar 1945 großflächig zerstörte Stadt zuvor »Teil des nationalsozialistischen Systems und nicht ihr Opfer« war. Die Opferrolle betonen vor allem Neonazis, die das Gedenken an die Kriegszerstörung Dresdens missbrauchen und seit Ende der 90er Jahre regelmäßig »Trauermärsche« veranstalten. Sie wurden mit bis zu 6500 Teilnehmern zum europaweit größten derartigen Szenetreff. Die Stadt wehrte sich zunächst nur halbherzig und hielt lange an einem »stillen Gedenken« fest.

Manfred Breschke verwahrt sich gegen die Vereinnahmung durch Neonazis und hält es deshalb für wichtig, dass sich die Bürger der Stadt nicht nur an die Zerstörungen des 13. Februar, sondern auch an dessen Vorgeschichte erinnern. Nach Breslau habe Dresden den zweithöchsten Anteil an NSDAP-Mitgliedern gehabt. Heute gebe es in der Stadt den prozentual höchsten Anteil an NPD-Mitgliedern, an rechten Szenelokalen und Kameradschaften. Dies sei, mahnt der Künstler, »ein Erbe, gegen das man etwas unternehmen muss«.

Der »Spaziergang«, der 2011 wegen des Versuchs der strikten und weiträumigen Trennung von Nazis und Gegendemonstranten noch verboten worden war, ist ein Beitrag dazu. Rund 2000 Menschen nahmen teil. Unter ihnen war die LINKE-Bundeschefin Gesine Löttsch, die das Anliegen »sehr verdienstvoll« nannte: Es sei »wichtig, die konkreten Erinnerungen« an die NS-Zeit in der Stadt »wachzuhalten«. Jetzt sei der »Aufstand der Zuständigen« gefragt. »Ich fordere die Kanzlerin und ihr Kabinett auf, sich am kommenden Sonnabend einzureihen in den Kampf gegen die NPD und ihr braunes Terrorumfeld.« Ähnlich äußerte sich Grünen-Chefin Claudia Roth. Ihr falle »kaum ein Bundesminister ein, der nach der erschütternden Mordserie von Rechtsextremen an diesem Tag nicht nach Dresden gehören würde«.

Die Stadt hatte gestern zum dritten Mal zu einer Menschenkette als Protest gegen den für den Abend angemeldeten Neonazi-Aufmarsch aufgerufen. 13 000 Teilnehmer, darunter prominente Bundes- und Landespolitiker beteiligten sich an der Lichterkette. Auch Sachsens Regierung hatte dazu aufgerufen.

Parallel dazu begannen weitere Protestaktionen gegen die bis zu 1000 Neonazis, deren Kolonne sich kurz vor 18 Uhr in Bewegung setzte. Das Bündnis »Dresden nazifrei« hatte angekündigt, den Neonazi-Aufzug zu blockieren oder zumindest zu behindern - trotz eines erneuten massiven Polizeieinsatzes mit rund 6000 Beamten sowie Hubschraubern, Räumpanzern und Wasserwerfern. In der Freiburger Straße kam es gegen 17 Uhr zu einer ersten friedlichen, später auch genehmigten Blockade, an der rund 2000 junge Leute aus Antifagruppen, LINKE, Gewerkschafter, Piraten, Grüne und Jusos teilnahmen. Auch Abgeordnete aus dem Bundestag und aus Landesparlamenten hatten sich eingereiht. Aus Lautsprecherwagen tönte Musik.

Der Chef der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bernhard Witthaut, sagte bei der Vorstellung eines Positionspapiers gegen Rechtsextremismus: »Es ist eine der undankbarsten Aufgaben überhaupt, Demonstrationen einer politischen Bewegung zu

schützen, die wir als Polizisten, Staatsbürger und Gewerkschafter zutiefst verabscheuen.« Die GdP trete dafür ein, dass der zivilgesellschaftliche Protest gegen neonazistische und rechtsextremistische Demonstrationen unüberhörbar, umfassend und legal in den vom Versammlungsrecht zulässigen Formen wahrgenommen werde.

Am Montag gedachten Bürger der Tausenden Toten der Bombardierung, unter anderem auf dem Heidefriedhof. Das dortige offizielle Zeremoniell war neu gestaltet worden - mit dem Ergebnis, dass die zuvor stets präsente NPD erstmals fernblieb.

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/218408.dresden-wehrt-sich-gegen-neonazis.html?>

ähnliche Artikel:

Bayrischer Rundfunk

http://www.br.de/radio/b5-aktuell/dresden-menschenkette-1945_x100.html

Der Tagesspiegel

<http://www.tagesspiegel.de/politik/dresden-wehrt-sich-gegen-neonazis-gedenken-an-opfer-der-luftangriffe-1945/6206062.html>

FOCUS online

http://www.focus.de/panorama/vermishtes/gedenken-an-bomben-opfer-dresden-wehrt-sich-gegen-neonazis_aid_713836.html

Frankfurter Rundschau

<http://www.fr-online.de/newsticker/dresden-wehrt-sich-im-gedenken-an-bomben-opfer-gegen-neonazis,11005786,11629952.html>

Lausitzer Rundschau

<http://www.lr-online.de/politik/Schlaglichter-Dresden-wehrt-sich-im-Gedenken-an-Bomben-Opfer-gegen-Neonazis;art740,3682769>

n-tv

<http://www.n-tv.de/mediathek/videos/politik/Tausende-stellen-sich-Nazis-in-den-Weg-article5488201.html>

n-tv

<http://www.n-tv.de/ticker/Dresden-wehrt-sich-im-Gedenken-an-Bomben-Opfer-gegen-Neonazis-article5487501.html>

stern.de

<http://www.stern.de/panorama/dresden-wehrt-sich-im-gedenken-an-bomben-opfer-gegen-neonazis-1786320.html>

Neues Deutschland | 14.02.2012 | Uwe Kalbe

Mehr als Unbehagen

Standpunkt von Uwe Kalbe

Wenn alles so bleibt, wird es schlimmer. Sich gegen das Vordringen des Nazi-Ungeistes nicht zu wehren, heißt, sich ihm zu ergeben. Dieser Überzeugung folgen die antifaschistischen Proteste in Dresden und anderswo. Sie sind etwas mehr als das offiziell zugelassene Unbehagen, etwas mehr als der gegen den Dresdner Naziaufmarsch zugestandene Menschenring um die Altstadt. Etwas mehr als die gerunzelte Stirn. Etwas mehr als das Gefühl, dass etwas getan werden müsste - wüsste man doch nur, was.

Die Nazis zu blockieren, habe den Zulauf in die rechtsextremistische Szene in Deutschland noch nie gestoppt, wirft die Gewerkschaft der Polizei ein, klagend, dass die Beamten eine zutiefst verabscheute Bewegung schützen müssten. Die Polizei steht, martialisch wie hilflos, für dieses offizielle Unbehagen, das sich nicht entscheiden kann, gegen welchen Bürgerschreck es sich zuerst wenden soll, gegen den linken oder den rechten. Um das Recht zu schützen. Das Versammlungsrecht. Das Recht auch, Rassistenhass zu predigen.

Nazis werden vor Blockaden nicht geschützt, sie werden hindurch gezwängt. Blockierer wurden bisher bekämpft, ausgespäht, noch Monate danach strafrechtlich verfolgt. Den Zulauf in die Naziszene können Blockaden tatsächlich nicht verhindern. Den Zulauf in eine Stadt schon. Alles Weitere brauchte etwas mehr als verschwiemelte Abscheu und eine Menschenkette ringsherum. Wenn keiner was tut, wird es schlimmer. Hass hat dann ein zu leichtes Spiel.

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/218410.mehr-als-unbehagen.html?>

TAZ | 14.02.2012 | Martin Kaul

Friedensfest der Demokratie

Dresden demonstriert Einigkeit, die Geschichtsverklärer ziehen ab

Die Geschichtsverklärer vom rechten Rand sind, mal wieder, frustriert abgereist. Der Grund: Kerzenschein und Mahnwachen, Menschenketten und Straßenblockaden – ein massenhafter, durchweg friedlicher Protest, dem kaum eine Protestform fehlte.

Nach Jahren heftiger Auseinandersetzungen haben die Menschen in Dresden damit ein erstaunliches Zeichen gesetzt. Ihr Friedensfest der Demokratie war rundheraus schön. Verstörend schön. Denn es ist sicher alles andere als eine homogene Masse, die am Montag in Dresden auf der Straße war. Dass die Gegendemonstranten dennoch so vereint

auftraten, ist – erst recht nach den Krawallen im vergangenen Jahr und der Handydatenaffäre – kaum hoch genug zu schätzen.

Ausruhen sollte sich darauf allerdings niemand. Die am Montag zur Schau getragene Dresdner Einigkeit darf nicht die Differenzen kaschieren. Und mit dem langsamen Zurückdrängen der Neonazis als aktiver Bestandteil der Dresdner Gedenkkultur kann die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte nicht enden. Sie sollte nun erst richtig beginnen. Auf der einen Seite stehen dabei jene, die radikal mit dem „Opfermythos Dresden“ brechen wollen – auf der anderen solche, die im Zusammenhang mit dem Leid, das sie selbst oder eigene Vorfahren erlebt haben, schnell an nationalistische Klischees anknüpfen. Erst, dass diese Differenzen in der Vergangenheit offen ausgetragen wurden, hat es ermöglicht, dass auch die breite Dresdner Bevölkerung gezwungen war, neu über ihren Umgang mit der Geschichte nachzudenken. Die Debatte von Dresden zeigt, dass auch 67 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die Interpretation der deutschen Geschichte nicht beendet ist. Sie muss auch künftig dort geführt werden, wo rechtes Gedankengut häufig entsteht und in Dresden entstanden ist: In der Mitte der Gesellschaft.

<http://www.taz.de/Kommentar-Nazi-Aufmarsch-Dresden/!87688/>

TAZ | 14.02.2012 | Andreas Speit

Die Schmach von Dresden

Enttäuschte Neonazis

Die Blockaden in Dresden ließen den Neonaziaufmarsch auf einen kurzen Spaziergang zusammenschmelzen. Nun schimpft die rechtsextreme Szene im Netz.

DRESDEN *taz* | Eine Schmach, eine Schande: In der rechtsextremen Szene herrscht nach dem Trauermarsch in Dresden eine nachhaltige Verbitterung. Wie in den vergangenen Jahren auch konnten die Neonazis nicht entlang ihrer geplanten Route marschieren – ein breiter Protest und zwei Blockaden zwangen sie zu einem kurzen Gang um einen Häuserblock in der Nähe des Dresdner Hauptbahnhofs.

"Es war von Grund auf eine ENTTÄUSCHUNG und eine SCHANDE!", schimpft ein Nutzer mit dem Namen "Oberlandsturm" auf dem rechtsextremen Internetportal "Thiazi-Forum". Ein "Franz Schwede" wettet: "Wir machen uns zum Gespött, wenn wir dies als einen Erfolg werten".

Schon während der Demonstration machte sich schlechte Stimmung breit. Ein Teil des Aufzugs weigerte sich weiterzulaufen, als bekannt wurde, wie kurz die Route letztendlich sein werde. Gut eine Stunde liefen die 1.600 Marschierenden von NPD und Kameradschaften. Erst rechts, dann dreimal links. Schon war der Ausgangsort ein abgesperrter Platz beim Bahnhof erreicht. Auf dem Heimweg brüllte einer: "Die haben uns wieder verarscht".

Die erste Stellungnahme der Anmelder fiel äußerst kurz aus. "Die äußeren Umstände haben erwartungsgemäß zu erheblichen Beeinträchtigungen geführt", heißt es und "der selbst gestellte Anspruch" wurde "dennoch (...) ein Stück weiter erfüllt". Das "dennoch" dürfte wenig trösten.

Die NPD greift auf eine andere Formulierung zurück, um nicht eine Niederlage einräumen

zu müssen: "Trotz versuchter linker Blockaden und einer verkürzten Wegstrecke" sei der "Marsch als Erfolg zu werten". Begründung? Keine. Vielmehr zitiert die NPD Olaf Rose. Als letzter Redner hatte der rechtsextreme Historiker, der bei der NPD-Landtagsfraktion in Sachen angestellt ist, lang und breit geschimpft, dass erst, "das Zusammenspiel linksextremer Antifa-Banden, sowie linker und bürgerlicher Politiker" das "nationale Dresden" verhindert habe.

Ganz Unrecht hat er nicht. Seit 2010 verhindern breite gesellschaftliche Bündnisse mit gezielten Blockaden die Neonazi-Aufmärsche in Dresden. Der bundesweit von antifaschistischen Gruppen und linken Initiativen organisierte Protest leitete so das Ende der europaweiten größten Neonazi-Demo ein.

Für den kommenden Samstag läuft den auch die Mobilisierung des Bündnis "Dresden Nazifrei" weiter. Ob der Frust der rechtextremen Szene zu Aktionen an dem Tag mobilisiert oder demotiviert, ist bisher nicht einschätzbar. Der Marschverlauf wird aber die Debatte der Rechtsextreme um neue Aktionsformen befeuern.

<http://www.taz.de/Enttaeuschte-Neonazis/187678/>

TAZ | 14.02.2012 | Martin Kaul

Nazis einmal um den Block

Proteste gegen Nazi-Aufmarsch in Dresden

Tausende Menschen demonstrieren gegen Rechtsextremismus und blockieren die Nazis. Die Strategie der Deeskalation geht auf. Die Nazis kommen nur einmal um den Bahnhof.

DRESDEN taz | Keine Gewalt, keine Krawalle: Mit verschiedensten Formen des Gedenkens und des Protests haben am Montag tausende Menschen in Dresden gegen Rechtsextremismus und Rassismus demonstriert und für viel Frust unter den Neonazis gesorgt.

Rund 13.000 Menschen kamen am frühen Abend in der Altstadt zusammen, um mit einer 3,6 Kilometer langen Menschenkette ein "Zeichen für Mut, Respekt und Toleranz" zu setzen.

Die Menschenkette sei ein "klares Bekenntnis gegen Nationalsozialismus, Rassismus und Gewalt", sagte Bürgermeister Dirk Hilbert (FDP). Das allein reiche aber nicht. Es gehe auch darum, Tag für Tag Rassismus und Intoleranz im Alltag zu bekämpfen.

Kritik am "Opfermythos"

Bei der traditionellen Gedenkveranstaltung am Nachmittag auf dem Heidefriedhof legten Landespolitiker und der sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) weiße Rosen nieder. Sie sollten an das Leid erinnern, das der Stadt und ihren Einwohnern durch die Bombenangriffe am 13. Februar 1945 und durch die Gewaltherrschaft des Naziregimes im Zweiten Weltkrieg entstanden ist. Anders als in den Vorjahren beteiligten sich daran keine Vertreter der NPD.

Erstmals hatte die Stadt am Nachmittag auch einen "Täterrundgang" erlaubt. Um den "Dresdner Opfermythos" zu kritisieren, veranstaltete das Bündnis "Dresden Nazifrei" den Mahngang, der an insgesamt zehn Stationen auf die nationalsozialistische Vergangenheit der Stadt hinwies. An dem Rundgang beteiligten sich bis zu 2.500 Menschen.

Nazis gefrustet, Antifas glücklich

Für den Abend hatte die rechtsextreme "Junge Landsmannschaft Ostdeutschland" (JLO) zu einer Demonstration gerufen, an der nach Angaben der Polizei rund 1.600 Neonazis teilnahmen. Die *taz* schätzte die Zahl der Nazis auf rund 2.000 – in jedem Fall waren es weniger, als die Veranstalter sich erhofft und Gegendemonstranten und Polizei befürchtet hatten.

Doch noch ehe der Aufmarsch der Neonazis beginnen konnte, hatten tausende Antifaschisten am Sternplatz und in der Freiburgerstraße Blockaden errichtet. Zeitweilig gab es entlang der ursprünglich geplanten Demonstrationsroute drei Blockaden. Und die Polizei zeigte keinen Willen, den Neonazis den Weg freizuräumen.

So marschierten die Neonazis nur auf einer deutlich verkürzten Route um den Bahnhof. Einige von ihnen antworteten mit einem Stehstreik auf die Verkürzung der Strecke.

Viele der Neonazis zogen am Abend frustriert ab, weil ihre Demonstration bereits nach einer Stunde wieder beendet war. Gegendemonstranten feierten am späten Abend ihren Erfolg, ehe auch sie sich auf den Heimweg machten.

Auch das Bündnis "Dresden Nazifrei" zeigte sich mit dem Verlauf des Tages zufrieden: "Wir ziehen eine rundum positive Bilanz. Rund 6.000 Menschen haben sich heute allein an den Blockaden beteiligt – und das mit Erfolg", sagte Bündnissprecher Stefan Thiele der *taz*.

Bundesregierung glänzt durch Abwesenheit

An den Protesten beteiligten sich auch zahlreiche führende Politiker aus den Reihen der Opposition. Sie forderten die Bundesregierung dazu auf, im Kampf gegen Rechtsextremismus deutlicher Position zu beziehen. Vor dem Hintergrund der Neonazi-Mordserie sagte die Linkspartei-Chefin Gesine Löttsch der *taz*: "Im Deutschen Bundestag rufen Bundestagspräsident Norbert Lammert und die Bundesregierung dazu auf, dass sich alle demokratischen Kräfte entschlossen gegen Rechtsextremismus stellen sollten." Aber wenn es darauf ankomme, fehlten "relevante Teil der breiten demokratischen Öffentlichkeit".

Während die Bundestagsvizepräsidenten der Oppositionsparteien, Wolfgang Thierse (SPD), Katrin Göring-Eckardt (Grüne) und Petra Pau (Linkspartei), gegen die Neonazis demonstrierten und sich, wie zumindest im Fall Thierse, sogar an den Blockaden beteiligten, war aus der schwarz-gelben Bundesregierung offiziellen Angaben zufolge an diesem Tag niemand in Dresden.

In einer Antwort an Linkspartei-Chefin Löttsch, die der *taz* vorliegt, hatte die Regierung zuvor eingeräumt, dass sich in dieser Legislaturperiode noch nie ein Regierungsvertreter von Amts wegen an Demonstrationen gegen Rechtsextreme beteiligt habe. Im vergangenen Jahr hatte sich allerdings der Dresdner Bundesminister Thomas de Maiziere (CDU) an einer Menschenkette beteiligt – offenbar privat.

Die Vorsitzende der Grünen, Claudia Roth, sagte dazu der *taz*: "Diese Haltung spiegelt das Versagen der demokratischen Verantwortung der Bundesregierung wieder. Mir fällt kaum ein Bundesminister ein, der nach der erschütternden Mordserie nicht hierher gehören würde." Löttsch und Roth forderten die sofortige Abschaffung der sogenannten "Extremismusklausel", die "zivilgesellschaftliche Gruppen im Kampf gegen Rechts pauschal unter Generalverdacht stelle".

<http://www.taz.de/Proteste-gegen-Nazi-Aufmarsch-in-Dresden!/87673/>

Diesmal keine Datensause

Es gibt nichts zu befürchten: Die Polizei hat dieses Jahr auf eine Handydatenaffäre verzichtet. Weil die Proteste in Dresden friedlich blieben, sagte ein Sprecher.

DRESDEN/BERLIN taz | Die sächsische Polizei hat bei den Anti-Neonazi-Protesten am Montag in Dresden anders als im Vorjahr keine sogenannten Funkzellenauswertungen beantragt oder durchgeführt. Das sagte ein Sprecher der Polizeidirektion Dresden am Dienstag der taz: "Diese Maßnahme hat es in diesem Zusammenhang nicht gegeben und wird es nicht geben." Da bei den Protesten keine schweren Straftaten erfolgt seien, gebe es für Funkzellenabfragen "keine rechtliche Grundlage", sagte der Polizeisprecher.

Im vergangenen Jahr hatte eine massenhafte Auswertung von Handydaten bundesweit für Empörung gesorgt. Die sächsische Polizei hatte im Umfeld von Protesten im Februar 2011 großflächige Funkzellenauswertungen durchgeführt und dabei mehr als eine Million Handyverbindungsdaten von über 300.000 Menschen ausgewertet. In der Folge war der damalige Dresdner Polizeipräsident Dieter Hanitsch versetzt worden.

Am Montag demonstrierten wie in den Vorjahren mehrere tausend Menschen gegen einen Aufmarsch von rund 1.600 Rechtsextremen in Dresden. Zwei Straßenblockaden verhinderten dabei, dass die Neonazis die ursprüngliche Route nutzen konnten. Das sorgte für viel Frust in den Reihen der Rechtsextremen.

Anders als im Jahr 2011 kam es bei den zahlreichen Protesten am Montag nicht zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Stefan Thiele vom Bündnis "Dresden Nazifrei" zog am Dienstag eine rundum positive Bilanz: "Die Rechten haben offensichtlich keine Antwort auf unser Blockadekonzept." Ob das stimmt, könnte sich am kommenden Samstag zeigen. Nach unbestätigten Informationen des Bündnisses soll es Hinweise darauf geben, dass Rechtsextreme unter der Hand doch für den kommenden Samstag mobilisieren.

Das Bündnis ruft daher für 11 Uhr am kommenden Samstag zu einer Demonstration am Hauptbahnhof auf. Von dort soll es zum "Haus der Begegnung", der Linken-Zentrale, gehen, um gegen ausufernde Überwachungsmaßnahmen in Sachsen zu demonstrieren. Um 13 Uhr beginnt auf dem Schlossplatz eine von vielen Parteien und Gruppen getragene Großkundgebung.

<http://taz.de/Neonaziaufmarsch-in-Dresden/!87722/>

Aus Dresden kann man lernen

In Dresden misstrauen sich Linke und Konservative schon lange. Gestern aber siegten beide. Die Bundesregierung sollte zuhören. C. Bangel kommentiert.

In Dresden sind am Montag jede Menge Bilder entstanden, die die Stadt zufrieden machen können. Zum Beispiel die 13.000 Menschen, die sich in der Innenstadt an den Händen fassten, um zu zeigen, dass sie Neonazis keinen Zugang zu ihrer gemeinsamen Erinnerung gewähren werden. Etwas ausgefallener und prägnanter die hängenden Köpfe der Rechtsextremen, nachdem sie ihren Marsch um drei Wohnhäuser beendet hatten und sich frierend und frustriert auf den Heimweg machten. Schön auch die gepanzerten Polizisten und die linken Studenten am Abend gemeinsam in der Schlange einer Burgergrillerei. Hungrig, müde, aber nicht feindselig.

Es war ein friedlicher Tag in Dresden. Dass es so kam, hat vor allem mit Deeskalation zu

tun. Die Polizei verhinderte Zusammenstöße von Neonazis und Gegendemonstranten und verzichtete ansonsten auf raumgreifende Maßnahmen. Anders als früher ließ sie die Demonstranten nahe an die Nazis heran. Bis zum Schluss war es möglich, zur Blockade-Aktion hinzuzustoßen. Die Demonstranten ihrerseits blieben friedlich, wohl weil ihnen keine Räumung drohte.

Durch die Zurückhaltung der Polizei wurde sichtbar, was in der verhärteten Situation der vergangenen Jahre unvorstellbar erschien:

Offenbar kamen viele Bürger, die an der von der Stadt organisierten Menschenkette teilgenommen hatten, anschließend zur Blockade (die von der Stadt dieses Mal nur stillschweigend abgelehnt wurde). Unter die Studenten und Kapuzenträger mischten sich viele Ältere und führten die Vorstellung ins Absurde, es gebe eine nur bürgerliche und eine extremistische Art, sich gegen Nazis zu wehren.

Dresden war in den vergangenen Jahren so etwas wie die Hauptstadt des Extremismus-Theorems. Dass rechtsextrem und linksextrem ungefähr dasselbe seien, prägt schon lange den Umgang von Behörden und Politik mit linken Gruppen. Gerichte und Staatsanwälte investieren großen Aufwand in die Verfolgung von Gegendemonstranten, Abgeordneten wurde (teils mit den Stimmen der NPD) die Immunität aberkannt, weil sie an Sitzblockaden gegen Neonazis teilgenommen hatten. Ein Richter verstieg sich bei Verhängung einer Geldstrafe gegen einen Blockierer zu der Aussage, er wolle nicht in einem Staat leben, in dem Minderheiten nicht geschützt werden – Beweis eines beunruhigend technischen Demokratieverständnisses. Und bevor die in Zwickau beheimatete rechtsextreme Terrorzelle NSU entdeckt wurde, fahndete das LKA mit großer Motivation an der Enttarnung einer linksextremen Schlägertruppe, rechtlich fragwürdige Durchsuchungen per Überfallkommando inklusive. Etwas Konkretes ist dabei bis heute nicht herausgekommen.

Gelungene Deeskalation – vorerst

Im vergangenen Sommer aber beschlossen Parteien, Kirchen, Verbände und Gewerkschaften, über einen gemeinsamen Umgang mit Neonazis zu verhandeln. Zwar stöhnte Verhandlungsführer Frank Richter, die Stadt gehöre eigentlich auf die Couch. Doch allein das Deeskalationskonzept der Polizei war die Mühe wert. Die CDU ließ sich sogar auf eine Anti-Nazi-Demonstration mit allen Parteien – also auch den Linken – am kommenden Samstag ein.

Nun sollte man nicht glauben, dass das, was Wolfgang Thierse "sächsische Demokratie" nannte, auf einen Schlag verschwindet. Und wer weiß, was am kommenden Samstag passiert, sollten die Neonazis doch noch auf die Idee kommen, ihre jährliche Großdemo durchzuführen. Doch vielleicht bleibt vom 13. Februar 2012 etwas hängen: Erfolgreich ist der Protest gegen Nazis dann, wenn die Demokraten jeder Farbe zusammenstehen, mit allen friedlichen Protestformen. Wenn es die Nazis nicht schaffen, dass die Bürger sie als eine von vielen anderen Denkrichtungen einstufen.

Es wäre gut, käme das auch in der schwarz-gelben Berliner Koalition an. Drei Monate nach Aufdeckung der NSU wird dort schon wieder die alte politische Statik zwischen Rechts und Links wiederhergestellt. Es wird über die Verfassungsfeindlichkeit der Linkspartei und sogar ein Verbot derselben diskutiert. Vielleicht war es kein Zufall, dass kein einziges Mitglied der Bundesregierung in Dresden anwesend war, geschweige denn die Nazis-gleich-Linke-Propagandisten Alexander Dobrindt und Kristina Schröder. Ihnen hätten wohl die Worte gefehlt. Schade eigentlich.

<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2012-02/dresden-neonazis-menschenkette>

Dresdner setzen Zeichen gegen Rechtsextremismus

Mehr als 13.000 Menschen haben in Dresden gegen Rassismus und Gewalt protestiert. Der geplante Aufmarsch von Neonazis konnte durch Gegendemonstranten verkürzt werden.

Dresden hat am Montag der Opfer der Bombenangriffe auf die Stadt und ihrer Zerstörung vor 67 Jahren gedacht. Mehr als 13.000 Menschen bildeten am Nachmittag eine Menschenkette um die Innenstadt und setzten damit ein Zeichen gegen Rechtsextremismus. Dresdens Bürgermeister Dirk Hilbert bezeichnete die Aktion als "klares Bekenntnis gegen Nationalsozialismus, Rassismus und Gewalt". Das allein reiche aber nicht. Es gehe auch darum, Alltagsrassismus und Intoleranz zu bekämpfen.

Die Menschenkette zog sich etwa 3,6 Kilometer lang über die Elbe durch Alt- und Neustadt. Um 18.00 Uhr reichten sich die Teilnehmer für zehn Minuten die Hände und schlossen den Ring. Unter ihnen waren auch Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich und der frühere Regierungschef Kurt Biedenkopf. Zudem waren zahlreiche Bundespolitiker sowie der Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, Stephan Kramer, angereist.

Auf dem Heidefriedhof wurde zuvor offiziell der Toten der Bombennacht am 13./14. Februar 1945 gedacht. Etwa 200 Menschen zogen zur letzten Ruhestätte vieler Opfer, legten weiße Rosen als Zeichen für die Überwindung von Krieg, Rassismus und Gewalt nieder. Bei den Luftangriffen britischer und amerikanischer Bomber auf Dresden starben mindestens 25.000 Menschen. Weite Teile der historischen Altstadt wurden zerstört.

Neonazi-Aufmarsch durch Gegendemonstrationen verkürzt

Am Abend versammelten sich etwa 1.000 Neonazis aus ganz Deutschland zu einem Fackelmarsch durch die Stadt. Dieser kam jedoch nur stockend voran, da an der Strecke mehrere Tausend Gegendemonstranten zusammengekommen waren. Das Anti-rechts-Bündnis "Dresden nazifrei" sprach von 5.000 bis 6.000 Teilnehmern. Sie protestieren mit Bannern, Plaketen und "Nazis raus"-Rufen. Zudem hatten sie mehrere Straßenblockaden errichtet, weshalb die Marschrouten deutlich verkürzt werden mussten.

Zu der Demonstration waren weit weniger Neonazis angereist als von den Organisatoren erwartet. Diese hatten mit rund 2.000 Teilnehmern gerechnet. "Dresden nazifrei" und andere antifaschistische Initiativen hatten im Vorfeld zu den Protesten und Blockaden aufgerufen. Diese waren unter dem Motto "Mit Mut und Toleranz – Dresden bekennt Farbe" als friedliche Gegendemonstrationen angekündigt. Laut Polizei kam es zu keinen Zwischenfällen.

Im vergangenen Jahr war es Tausenden Gegendemonstranten gelungen, den Aufmarsch der Rechten zu blockieren. Damals war es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Rechten, Linken und der Polizei gekommen. Blockaden gelten in Sachsen als Straftat, die Justiz ermittelt noch gegen Teilnehmer vom Vorjahr wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz. Ein Großaufgebot von 5.800 Beamten aus mehreren Bundesländern sowie der Bundespolizei sollte in diesem Jahr Ausschreitungen zwischen Linken und Rechten verhindern.

<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2012-02/dresden-gedenken-weltkrieg-neonazi>
